



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

17 VIII/103

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

5. Mai 1953

Hinweise  
auf den Inhalt:

Fernsprecher 376 54-59  
Fernschreiber 039 890

Ränkespiel um Niedersachsen	S. 1
Um den Waffenstillstand in Korea	S. 3
Hinrich Wilhelm Kopf - 60 Jahre alt	S. 4
Auftakt in München - Zur Jugendtagung der SPD	S. 6

## Stegner soll es schaffen

(sp) Beinahe über Nacht ist der wortgewaltige niedersächsische FDP-Abgeordnete Stegner zur meistunworbenen politischen Persönlichkeit in der Bundesrepublik geworden. Ausgerechnet diesem Mann, der sich durch eine gewisse Unabhängigkeit des Urteils und gelegentliches Aufbegehren gegen den Kanzlerkurs auszeichnet, möchte der Bundeskanzler anstelle des Sozialdemokraten Kopf als Ministerpräsidenten von Niedersachsen sehen. Die Aussicht, nur ein Glied in der Adenauerschen Kette zu sein, muß jedoch einen Mann abschrecken, der bisher stets auf eine selbständige Meinung innerhalb seiner Partei und in der Politik seines Landes bedacht war.

Die Telefongespräche zwischen dem Bundeskanzleramt und Hannover und die mehrmaligen Besuche Stegners beim Kanzler bilden einen merkwürdigen Hintergrund zu dem gerade vom Bundeskabinett immer wieder gegen die SPD erhobenen Vorwurf, daß sie die Parteipolitik über die Länderpolitik stelle. Die bisher massivste Einmischung in die Politik eines Landes erfolgte vom Bundeskanzler, der in seinem Bemühen, im Bundesrat eine Mehrheit für seine in allen Voraussetzungen schwankend gewordene Vertragspolitik zu finden, unbedenklich alle Minen springen läßt, um doch noch zum Ziel zu kommen. Es gehört zu den positiven Seiten der Bundesrepublik und ist ein politisches Aktivum ersten Ranges, daß es in der Nachkriegszeit gelang, die in der Sozialdemokratie

vereinigten Schichten unseres Volkes, teils in alleiniger Verantwortung, teils in Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Parteien, zur schöpferischen Mitgestaltung in Gemeinden und Ländern heranzuführen. Ein Blick auf Frankreich genügt, um zu sehen, wohin es führt, wenn die Arbeiterschaft bewusst in die Negation getrieben wird. Lockt den Kanzler das französische Beispiel?

Statt den einfachsten Weg zu wählen - nämlich die vorherige Klärung der Verfassungsmäßigkeit der Verträge - versucht der Bundeskanzler den Weg des Regierungsumsturzes in den Ländern. Niedersachsen scheint für ihn in dieser Richtung ein besonderes Experimentierfeld zu sein, obwohl er, zumindest vorläufig, die Rechnung ohne den Wirt gemacht hat. Dazu gehört der BHE, der in der niedersächsischen Politik die Schlüsselstellung einnimmt. Die 42 Mandate der Niederdeutschen Union, die bei diesem Kanzlergeschäft viele Haare lassen müßte, reichen mit den 16 Mandaten der FDP zur Regierungsbildung nicht aus, es fehlen dazu die 22 Mandate des BHE. Der BHE aber ist auf Bundesebene durch seine bisherige Schaukelpolitik ganz gut gefahren; eine einseitige Festlegung auf den Adenauerkurs - und das wäre ein mit seiner Hilfe in Niedersachsen herbeigeführter Regierungswechsel - müßte ihm bei vielen seiner Wähler in Mißkredit bringen und ihn seines Nimbus als eine über den erstarrten innerpolitischen Fronten stehenden Kraft berauben.

Das sind gewichtige Einwände, die auch der wendige BHE-Vorsitzende Waldemar Kraft nicht leicht übersehen kann. Der letzte Bestechungsversuch des Kanzlers, über ein neues Wahlgesetz Kraft ins Regierungslager hinüberzulocken, dürfte die Wirkung versagt bleiben. Sofern die FDP auf ihrem Beschluß beharrt, das alte Wahlgesetz von 1949 mit einigen unwesentlichen Änderungen zu akzeptieren, hat die CDU sowieso keine Aussicht, mit ihrem berüchtigten Wahlgesetz-Entwurf durchzukommen. Der Kanzler schlägt also ein Kompensationsgeschäft vor, das für den BHE in der jetzigen Lage keinen Wert besitzt.

Eine pikante Begleiterscheinung ist die offensichtliche Verärgerung der Deutschen Partei. Sie hat sich immer in besonderem Maße als eine niedersächsische Hauspartei gefühlt, sie ist in Bonn mehr als jeder andere Koalitionspartner mit dem Kanzler durch dick und dünn gegangen und sie ist nun gerade in Niedersachsen mit so kränkender Nichtachtung übergangen worden, daß sogar Herr Hellwege erstmalig einen Protest losließ.

Vor dem 20. Mai gibt es keine Möglichkeit, daß sich in Niedersachsen praktisch etwas ändert, weil erst dann der Landtag wieder zusammentritt. Die Entscheidung liegt, wie Kraft jetzt noch ausdrücklich gesagt hat, beim niedersächsischen BHE. Die SPD beobachtet ruhig aber aufmerksam das aufgeregte Taktieren der Bonner Regierungszentral in verschiedenen Ländern, insbesondere in Niedersachsen. Sie kann das weil sie weiß, daß die Frage der Verfassungsmäßigkeit der Verträge in jedem Falle erst in Karlsruhe geklärt werden kann.

Generale sind schlechte Diplomaten

B.C. - London

Das Angebot des amerikanischen Oberbefehlshabers in Korea, General Mark Clark, jedem russischen, chinesischen oder nordkoreanischen Piloten, der eine MIG-15 Jagdmaschine unversehrt hinter den Linien der Verbündeten landet, hunderttausend Dollars als Belohnung auszus zahlen, hat in der britischen Öffentlichkeit fast einmütige Empörung ausgelöst. Man empfindet, es könne kein Zufall sein, daß jedesmal, wenn die "Gefahr" einer Einigung über die Waffenstillstandsbedingungen näherrückt, seitens des Oberkommandos in Korea eine Handlung erfolgt, die von der Gegenseite bei den Verhandlungen in Panmunjom als Provokation ausgelegt werden muß und die Ehrlichkeit der amerikanischen Unterhändler in ihrem Bemühen um eine Waffenruhe in Frage zu stellen scheint. Das letzte Mal waren es die Bombenangriffe auf die Jalu-Kraftwerke, diesmal ist es ein klarer "Bestechungsversuch". Es ist ein offenes Geheimnis, daß der amerikanische Stab in Tokio immer noch mit Parteigängern der "China-Lobby" und des Generals MacArthur durchsetzt ist, die ihre eigene Politik treiben und die nicht selten der amtlichen Linie Washingtons zuwiderläuft.

Die von der Labour-Opposition seit langem vertretene Ansicht, daß die Waffenstillstandsverhandlungen bei den Militärs schlecht aufgehoben seien und lieber geübten Diplomaten anvertraut werden sollten, ist jetzt fast jedermanns Meinung. Selbst der freikonservative "Observer", den wahrlich niemand der Vorliebe für sozialistische Gedanken zeihen kann, führt aus, daß die Unterhändler, die vor 18 Monaten ausgewählt wurden, um die kurzen militärischen Bedingungen eines Waffenstillstandes im Felde auszuhandeln, endlich durch Diplomaten ersetzt werden müßten, da es sich herausgestellt hat, daß eine Einigung nur auf politischer Ebene erreicht werden könne, auf der die Generale nicht zu Hause seien. Und auch der "Observer" greift Labours alte Forderung auf, daß britische und andere europäische Unterhändler mit hinzugezogen werden müßten, da andernfalls "Gefahr besteht, daß es den Kommunisten möglich gemacht würde, die Schuld für die endlose Verzögerung einer Einigung den amerikanischen Unterhändlern in die Schuhe zu schieben und so eine gefährliche Bresche in die Einigkeit der Verbündeten zu schlagen".

Entgegen der nahezu einstimmigen Ansicht, daß es sich bei dem "Bestechungsangebot" an kommunistische Jagdflieger um einen bewußten "Sabotageversuch" der amerikanischen Freunde Tschiang Kai-scheks handele, vertreten einige (normalerweise der USA gegenüber sehr kritische) Labourabgeordnete die Meinung, das Angebot von \$ 100000 für jeden MIG-Jäger sei von langer Hand vorbereitet gewesen. Es sei nur deswegen vorzeitig veröffentlicht worden, weil die verantwortlichen Stabsoffiziere des Generals Mark Clark befürchteten, daß nach einem erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen zu Panmunjom die Gelegenheit unwiderbringlich verpaßt sein würde, das neueste und interessanteste Erzeugnis der russischen Flugzeugindustrie zu Studienzwecken intakt in die Hände zu bekommen. Es müsse sich also eher um panikhafte Übereilung, als um wohlüberlegtes Querschließen handeln.

Jedenfalls aber ist zu den sich in letzter Zeit immer mehr anhäufenden Reibungspunkten zwischen der USA und Großbritannien ein neuer hinzugetreten, der sicherlich in der auf den 12. Mai verschobenen großen außenpolitischen Debatte im Unterhaus eingehend erörtert werden wird.

+ + +

Ministerpräsident Kopf 60 Jahre alt

-dt. Wie eine Figur aus einem niederdeutschen Bauernroman schreitet - im wahrsten Sinne dieses Wortes - durch die kurze Geschichte der deutschen Nachkriegspolitik ein gewichtiger Mann: Hinrich Wilhelm Kopf, Ministerpräsident von Niedersachsen, am 6. Mai 60 Jahre alt. Kaum eines der Länder der Bundesrepublik hat an seiner Spitze einen Repräsentanten der so wie Kopf die landsmannschaftlichen Elemente seiner Einwohner so sichtbar verkörpert und der, ob in der Staatskanzlei in Hannover, auf Bauernversammlungen in kleinen Dörfern oder in der hochpolitischen Atmosphäre in Bonn, nie seine Herkunft aus altem Bauerngeschlecht verleugnen kann oder will, und der klar zu erkennen gibt, daß er in erster Linie ein Volk von Bauern, Arbeitern und Fischern vertrete.

Hinrich Kopf wurde am 6. Mai 1893 in Neuenkirchen, Kreis Land Hadeln, geboren, einer Landschaft, in der die Salzbrise dem Menschen die Augen blank wäscht und in der die Bauern seit Menschengedenken mit

einem Bein auf dem Acker, mit dem anderen auf dem Deich stehen, der den Acker vor der See schützt. Bauer wollte auch Kopf werden und so verschrieb er sich nach einjährigem Aufenthalt in Amerika zu Hause der landwirtschaftlichen Lehre. Aber dann zog es ihn in die Hörsäle. Abitur in Hildesheim, Rechts- und Staatswissenschaft in Göttingen und Marburg, juristische Ausbildung in Gelle und Hamburg. Mit jungen Jahren geriet Kopf in die Politik: 1919/20 persönlicher Referent des Reichsinnenministers David, dann Verwaltungsdienst, bis 1933 der Sozialdemokrat Kopf aus dem Staatsdienst entlassen wurde.

Die Engländer wußten, was dem Land nottat, als sie am 1. Mai 1945 im Chaos des Zusammenbruchs, Kopf zum Regierungspräsidenten von Hannover, vier Monate später zum Oberpräsidenten der Provinz Hannover ernannten. Als ein Jahr später das Land Hannover wiederhergestellt wurde, war Kopf dessen erster Ministerpräsident; er blieb es auch, als am 1. November 1946 das Land Niedersachsen gebildet wurde. Ministerpräsident ist Kopf auch heute noch und er gehört damit zu den drei dienstältesten Ministerpräsidenten Westdeutschlands.

"Hei levt noch, un hei willt noch lange leven", sagte Kopf kürzlich, als er nach dem neuesten Stand einer angeblichen Regierungskrise gefragt wurde. Er hat das in fast sieben Jahren Regierungstätigkeit öfter sagen müssen als jeder andere Ministerpräsident eines Bundeslandes, aber er hat das Steuer des niedersächsischen Staatsschiffes nicht aus der Hand gegeben. Und es würde der, wenn man so sagen kann, "Tradition Kopf" widersprechen, wenn nicht an seinem 60sten Geburtstag abermals von einer Regierungskrise gesprochen würde. Die Krise weht diesmal aus Bonn; aber noch hat Kopf das Steuer in der Hand und regiert es wendig und mit dem listigen Lächeln in seinen Augen.

+ + +

#### Schwedenspende für vertriebene ostdeutsche Bauern

(sp) Vertreter des Provinzverbandes der Bauern in Östergötland haben dem deutschen Gesandten in Stockholm, Dr. Kurt Sieveking, 43000 Schwedenkronen übergeben, die sie für geflüchtete ostdeutsche Bauern gesammelt haben. Der Betrag soll in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Bauernverband verteilt werden, und zwar möglichst in schwedischen Waren. Die Landwirte Östergötlands haben aus eigenem Antriebe gesammelt, um ihrer Verbundenheit mit dem Schicksal der ostdeutschen Bauern Ausdruck zu verleihen. -

Wie wohltuend sticht diese schöne Tat schwedischer Bauern von dem Verhalten der "Grünen Front" ab, die bei den Parlamentsdebatten um das Vertriebenengesetz jedes Verständnis für die Not der vertriebenen Bauern vermissen ließ.

+ + +

Die Jugend gab den Auftakt

Kn. Der Wahlkongreß der SPD am kommenden Sonntag in Frankfurt wirft seine Schatten voraus. Bereits seit einigen Wochen wird im Lager der Bonner Regierungsparteien mehr oder weniger offiziell von diesem Ereignis gesprochen: man möchte im Gefühl der eigenen Unsicherheit zu gerne wissen, mit welchem Geschütz die Sozialdemokratie auf-fahren wird. Und die Tatsache, daß man den Frankfurter Kongreß in den Wandelgängen des Bundeshauses nur noch als "Kleinen Parteitag der SPD" bezeichnet, demonstriert recht deutlich, welche Bedeutung den Beratungen am Sonntag beigemessen wird.

Dabei sollte es den wißbegierigen Koalitionspolitikern nicht schwer fallen, einige Ansatzpunkte für ihre Vermutungen über die Pläne der SPD zu finden. Die vorhergegangenen Tagungen über die Fragen der Wirtschaftspolitik, der Sozialpolitik, der Kulturpolitik und die besonderen Probleme des Mittelstandes boten hierfür genügend Gelegenheit.

Und schließlich kann den "interessierten" Kreisen in den Reihen der Regierungsparteien nur empfohlen werden, sich mit den jugendpoli-tischen Erwägungen zu befassen, die auf der Arbeitstagung der Partei anlässlich der Verkündung des Jugendplanes am vergangenen Sonntag in München angestellt wurden. Die Münchener Tagung atmete den Geist ern-ster und zielbewußter Auseinandersetzung mit dem Problemen unserer Zeit, sie war frei von wortreichen Erklärungen und nichterfüllbaren Versprechungen. Nicht schöngeistige Proklamationen können uns vor-wärts bringen, sagte Erich Ollenauer in seiner Ansprache, sondern nur harte Arbeit und Kampf.

Die ernste und illusionslose, aber dennoch zuversichtliche und entschlußfreudige Atmosphäre der Tagung in München war der passende Auftakt für eine Woche, an deren Ende am kommenden Sonntag der ent-scheidende Wahlkongreß der SPD stehen wird. Die Sozialdemokratie ist in ihrem Wahlkampf nicht auf spitzfindige Winkelzüge angewiesen. Vor allem auch deshalb nicht, weil sie die Sympathien der jungen Genera-tion auf ihrer Seite weiß.

---

Verantwortlich: Peter Raunau